



Sehr geehrte Damen und Herren des Dattelner Stadtrates,

als Stadtelternrat möchten wir Sie bitten diese letzte Chance zu nutzen das Mega-Kraftwerk in Datteln zu verhindern. Wir bitten Sie einem neuen geänderten Bebauungsplan nicht zuzustimmen.

Gerade im Bezug auf unsere Kinder setzen wir uns ein, die Stadt Datteln nicht zur Abgas-Hauptstadt Europas zu machen. Dass ein Mega-Kraftwerk so nah in der Nachbarschaft unseres überregional beliebten Kinderklinik gebaut werden soll, betrachten wir gegenüber unseren Kindern als eine unerträgliche Ignoranz.

Bürgermeister und Rat haben einen Eid geleistet Schaden von unseren Bürgern fernzuhalten. Wir sehen diesen Eid gefährdet. Laut OVG-Urteil hat der Bürgermeister mehrere Themen nicht mit dem Rat beraten lassen, obwohl er gesetzlich dazu verpflichtet ist. Deshalb sehen wir bei vielen gemachten Fehlern die Verantwortung beim Bürgermeister und Leiter der Verwaltung.

Da der Bürgermeister, selbst nach der Veröffentlichung des vernichtenden Urteils, weiter vollmundig behauptet hat, er habe alles richtig gemacht, ist er entweder fachlich heillos überfordert oder er hält weiterhin die mangelhafte Einbindung der Rates für in Ordnung. Dies würde aber bedeuten, dass er in gewissen Fällen eine Übergehung des Rates weiterhin als adäquat betrachtet. Das sollte aber unseren Ratsmitgliedern zu denken geben.

Da die Kinderklinik (auch das Vincenz-Krankenhaus) keine Monopolstellung besitzt und somit dem gnadenlosen Wettbewerb unterliegt, ist jede Standortverschlechterung eine Gefahr für deren Arbeitsplätze. Wie bei jedem anderen Krankenhaus ist die finanzielle Lage unserer Dattelner Häuser äußerst angespannt. Das ist gesundheitspolitisch leider so gewollt. Wenn jetzt z.B. die Eltern der kleinen Patienten andere Kinderkliniken aufsuchen, wird es bei den knappen Finanzen sehr wahrscheinlich analog zu Personal-Kostensenkungen kommen müssen. Dass EON keine Rücksicht gegenüber der Kinderklinik zeigt, beweist die damalige Verbrennung von Sondermüll (Kronocarb) mit hoch angereichertem Schwermetall. Die damalige Genehmigung wurde ohne Umweltverträglichkeitsprüfung durchgewunken.

Schauen wir uns die Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft in Datteln an. Laut MedWiN e.V. (ein Verein zur Förderung der Gesundheitswirtschaft im nördlichen Ruhrgebiet) haben wir im diesem Bereich 2750 Arbeitsplätze. (Quelle: <http://www.medwin.eu/mitgleider/64>). Ca. 2/3 dieser Arbeitsplätze befinden sich in der Dattelner Kinderklinik und im Vincenz Krankenhaus.

Wir fragen den Dattelner Stadtrat, wollen Sie diese Arbeitsplätze in Gefahr bringen für 70 Beschäftigte bei Europas größtem Kraftwerk-Monoblock? Es geht also nicht nur um die Arbeitsplätze in unserer geliebten Kinderklinik. Stellen Sie sich vor, nur 10% der externen Patienten entscheiden sich in eine andere Klinik zu gehen als in Datteln. Darf man dann wirklich nicht mit einem analogen Stellenabbau in der Dattelner Gesundheitswirtschaft rechnen? Wir denken, das kann man.

Es nützt auch nichts, wenn stoisch wiederholt wird, die Feinstäube fallen erst hinter Lünen zurück auf die Erde. So oft wurde die Bevölkerung enttäuscht, dass auch wir solchen Beschwichtigungen keinen Glauben schenken werden. Was ist wenn die 4,5 Km lange „Beschattungs“-Fahne (siehe OVG-Urteil) nicht immer über Waltrop weht. Stellen wir uns doch mal vor, es ist sehr kalt und die Feinstaub-Wasserdampf-Fahne kondensiert und schneit als Industrieschnee über unserer Stadt ab. Wie wollen Sie das gegenüber unseren Kindern verantworten? Man kann nicht versuchen die Bürger zu beruhigen, wenn man auf der anderen Seite liest, dass der Beton des Kühlturms säurefest sein muss. Unsere Kinder sind es auf jeden Fall nicht.

Ca. 20 Verstöße hat das Oberverwaltungsgericht festgestellt. Der Bürgermeister hat in mehrfach den Rat ignoriert und sagt trotzdem er hat alles richtig gemacht. Wollen Sie sich das allen Ernstes gefallen lassen? Als Ratsmitglied muss man sich doch fragen, nimmt er mich überhaupt ernst? Wollen Sie bei einem derartigen Übergehen des Stadtrates, dem Bürgermeister bei der Heilung der zig-fachen Rechtsverstöße im Nachhinein (als „Dank“) helfen? Wollen Sie das wirklich durch einen neuen Bebauungsplan heilen? Wie wäre es denn wenn Sie mehrheitlich entschieden, das OVG-Urteil ist richtig und wir erkennen es an? Und weil wir uns verpflichtet haben Schaden von den Bürgern unserer Stadt abzuwenden, weisen wir die Stadtverwaltung an, die Nichtzulassungsbeschwerde gegen das OVG-Urteil zurückzuziehen.

Nicht wenige Bürger glauben mittlerweile, dass die Politiker die Stadt verraten und verkauft haben.

Erkennen Sie doch einfach den aktuellen Landes-Entwicklungsplan an. Dort wurde ein Sicherheitsabstand von min.1500 Metern nicht umsonst aus der Seveso2-EU-Richtlinie übernommen. Im Landesentwicklungsplan (LEP) wurde für ganz NRW festgelegt, wo Kraftwerke gebaut werden. Eine Verschiebung von diversen Standorten bedeutet nicht, dass Sie damit die gesetzlichen Vorschriften aushebeln können. Der LEP ist kein veralteter Plan und seine Änderung heilt überhaupt nicht die x-fachen Gesetzesbrüche. Sie sind verpflichtet, die Sicherheitsinteressen der Bürger zu berücksichtigen. Diese Abstandsgrenzen können nicht veralten und sind auch im Bundesemissionsgesetz festgelegt. Es ist pure Propaganda, wenn behauptet wird, die im LEP definierten Flächen waren für Uralt-Kraftwerke gedacht. Das hieße nämlich, dass alle für Kraftwerke bestimmte Flächen, die noch nicht bebaut sind, für Uralt-Kraftwerke gedacht waren. Das ist purer Blödsinn.

Die Bundesregierung hat durch die Seveso2-EU-Richtlinie (genannt nach der größten Chemiekatastrophe Europas - in Seveso) die einzuhaltenden Mindestabstände zu der Bevölkerung im Bundesemissionsschutzgesetz übernommen. Ein so wohnortnahes, hochgiftiges Ammoniak-Lager ist eine Gefahr für die Menschen. Schauen Sie sich einmal Luftbilder an, dann sehen Sie, dass die Kinderklinik ca.560m Luftlinie vom Kraftwerk entfernt ist. Bedenken Sie, die Kinderklinik hat ca.1000 Arbeitsplätze. Wollen Sie diese gefährden, wenn ein Teil der Patienten ausbleibt? Jedenfalls ist es unerhört, dann noch von Sicherung der Dattelner Arbeitsplätze zu reden.

Wir bitten Sie inständig, übergehen Sie die Schutzinteressen der Bürger und unseren Kindern nicht noch ein zweites Mal. Sie haben jetzt die Chance zu heilen, aber bitte im Sinne der Bevölkerung.

Mittlerweile erkennen ja auch die Lokalpolitiker, dass der New Park doch nicht interessant genug ist für große Konzerne. Diese Träumereien sind beendet. Jetzt wird dort auch an eine kleinteilige Flächenvermarktung gedacht. Das ist aber laut Landesentwicklungsplan nicht erlaubt. Dort wurde, wegen der richtigen Abstandsgrenzen, der Standort für ein mögliches Kraftwerk definiert (egal welche Kraftwerksart).

Eine kleinteilige Flächenvermarktung wäre aber sehr wohl, auf dem Gelände erlaubt auf dem jetzt ein Riesenkraftwerk entstehen soll. Außerdem würden solche Unternehmen nicht die Arbeitsplätze in der Dattelner Gesundheitswirtschaft derartig tangieren wie dieser Mega-Emittent. Diese Fläche wäre als Gewerbegebiet hochinteressant und begehrt und würde mittelfristig wohl weit mehr als 70 Arbeitsplätze bringen. Auch sollten Sie bedenken, wieviel Arbeitsplätze allein durch Abwanderung wegen fehlender Grundstücke verloren gegangen sind.

Wir sehen die Gefahr, dass eine Abwanderung junger Familien mit Kindern beginnt. Gerade junge Familien besitzen i.d.R. noch keine Immobilien und sind somit bereit (auch zum Schutze ihrer Kinder) ihre hohe Mobilität zu nutzen. Das heißt beispielsweise, die schuldenfreie Stadt Olfen ist seit langem ein verführerisches Ziel gerade für junge Menschen. Da 90% der EON-Gewerbsteuer als Schlüsselzuweisung an andere Kommunen gehen, profitiert Olfen durch ständigen Zuzug heftig davon. Da das äußerst solvente Olfen im Bereich der freiwilligen Ausgabe völlig freie Hand hat, wird Olfen eine beschleunigte Sogwirkung (bei Kraftwerks-Fertigstellung) bei Familien aus Datteln und Waltrop entfalten. Es entsteht eine unkalkulierbare Stadtflucht-Dynamik.

Wenn unsere Stadt und deren Wohnungen von jungen dynamischen Familien leergezogen sind, werden die Wertverluste der Immobilien zusätzlich durch ein steigendes Überangebot zu leiden haben. Gleichzeitig werden die Immobilienwerte in Olfen so interessant, dass es sich für Investoren, dort immer mehr lohnt zusätzlichen Wohnraum zu erstellen. Dieser Dominoeffekt ist unschwer voraus zu sagen, wenn man bereit ist ein systemisch vernetztes Denken zuzulassen.

Es ist wohl schwer zu bestreiten, dass mehrheitlich die solvente Bevölkerung von Datteln im Besitz der Dattelner Wohnimmobilien sind. Der durch das Kraftwerk (in illegaler Wohnortnähe) kommende Wertverlust wird höchstwahrscheinlich immens sein. Eine Überschlagsrechnung verdeutlicht dies. Wir haben (laut Landesamt für Statistik) 16803 Wohneinheiten. Die durchschnittliche Wohnungsgröße liegt bei ca.80qm. Der durchschnittliche Preis pro qm liegt bei ca.1100 Euro. Wir kommen auf einen Wohnimmobilien-Wert von ca. 1,4 Milliarden Euro. Egal welchen prozentualen Wertverlust Sie ansetzen. Der Dattelner Immobilien-Gesamtwert ist so hoch, dass Dattelner Immobilienbesitzer mit einem Wertverlust von zig-Millionen rechnen können. Übrigens, auch bei gesunkenen Aktienwerten, die nicht durch Verkauf realisiert werden, spricht man von Verlust. Einen Verlust haben die Immobilienbesitzer auf jeden Fall. Achtung, wir reden hier von einem Zusatzverlust und nicht von marktüblichen Schwankungen.

Wenn dann noch Olfen eine Lehrmittelfreiheit und/oder beitragsfreie Kitaplätze einführt, würden wir uns nicht wundern, wenn die Eltern nicht nur von Datteln sondern auch von Waltrop mit wehenden Fahnen in das nur 7km entfernte Olfen flüchten.

Da bei nicht wenigen Ratsmitgliedern (aller Parteien) langsam Zweifel aufkommen, würden wir es begrüßen wenn über dieses Themengebiet zukünftig in geheimer Abstimmung entschieden wird.

Der Stadtelternrat Datteln

www.Elternrat.de/Datteln

Ralph Dietz 1.Sprecher